

Wird man in eine Partei hineingeboren?

Liechtensteinische Jugendliche wissen viel über das politische System des Landes. Ihr politisches Denken und Interesse wird stark vom familiären Hintergrund bestimmt. Diese und weitere Ergebnisse einer Studie wurden gestern präsentiert.

Von Stefan Batliner

Vaduz. – Demokratien brauchen Bürgerinnen und Bürger, die mitdenken, mitgestalten, mitreden und sich engagieren wollen. Welchen Beitrag kann die Schule als Organ eines demokratischen Staates leisten, damit dies gewährleistet ist? Über welches politische Wissen und Verstehen verfügen Liechtensteins Schülerinnen und Schüler, die zukünftigen Politikerinnen und Politiker? Wie gross ist das Interesse der Jugendlichen an der Politik? Wie steht es um das Vertrauen der Schülerinnen und Schüler in die Politik und ihre Institutionen? Diesen und weiteren Fragen ist die ICCS-Studie (International Civic and Citizenship Education Study) «In Liechtenstein wird man in eine Partei hineingeboren» nachgegangen, die gestern in der Aula des Schulzentrums Mühleholz II vorgestellt wurde. Die Studie wurde in 38 Ländern – in Asien, Europa, Lateinamerika und Ozeanien – durchgeführt und lässt einen internationalen Vergleich zu.

In seiner Begrüssung griff Arnold Kind, Leiter des Schulamts, den Titel der Studie auf und fragte, ob die Verhältnisse in Liechtenstein wirklich so einfach zu beschreiben sind. «Bald finden in Liechtenstein Wahlen statt. Viele junge Menschen werden erstmals die Gelegenheit haben, sich an Landtagswahlen zu beteiligen», sagte er und fügte an, dass die Teilnahme an Wahlen auch die Pflicht der Staatsbürger ist. Kind erinnerte an die Bildungsstrategie der Regierung aus dem Jahr

2011, welche die Erziehung zum mündigen Bürger zu einer der Hauptaufgaben der Bildung macht. «Ziel soll es sein, dass Kinder und Jugendliche in der Lage sind, selbstbestimmtes politisches Denken zu entwickeln und an politischen Prozessen aktiv teilzunehmen», führte Kind aus. Hier zu brauche es neben theoretischem Wissen auch die Möglichkeit, praktische Erfahrungen zu sammeln. Als positives Beispiel nannte er die Jugendbeteiligung Liechtenstein (Jubel).

Die Erhebung ist sehr präzise

Horst Biedermann, Professor für Schulpädagogik an der Universität Flensburg, der bei der Erhebung in Liechtenstein federführend war und den 121 Seiten starken Bericht verfasste, erläuterte die Grundlagen und wichtigen Ergebnisse der Studie. Grundsätzlich wurden Schüler der achten Schulstufe befragt und Stichproben von 3000 Schülern angestrebt. In kleineren Ländern wie Liechtenstein seien Vollerhebungen durchgeführt worden: Das Durchschnittsalter der 357 befragten Jugendlichen aus neun Schulen betrug 14,8 Jahre. «Es gibt nichts Genaueres, als wenn ich alle befrage», entgegnete er der Kritik, dass solche Erhebungen für Liechtenstein keinen grossen Wert hätten, weil sie unpräzise seien.

Familie prägt Parteizugehörigkeit

Ein zentrales Ergebnis ist, dass die Parteizugehörigkeit in Liechtenstein nicht in erster Linie durch Ideologien wie Sozialismus oder Liberalismus, sondern vielmehr durch die familiäre Herkunft bestimmt wird. Gut bis sehr gut und deutlich besser als die Schweiz, Österreich und der ICCS-Schnitt schneidet Liechtenstein beim Wissen und Verstehen und somit beim politischen «Aufgeklärtheit» ab. Auch hier seien Resultate stark von der Familie – insbesondere von der Ausbildung und den Interessen der Eltern – abhängig.



Räumen der politischen Bildung einen hohen Stellenwert ein: Horst Biedermann, Professor für Schulpädagogik und Autor der Studie, Christine Lingg vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten und Schulpamtsleiter Arnold Kind (v. l.). Bild: Ema Korac

«In keinem anderen Land ist die Rolle der Eltern wichtiger als in Liechtenstein. Und es ist nicht der Migrationshintergrund, sondern die sozioökonomische Stellung, die die Ergebnisse erklärt», betonte Biedermann. Weiters zeigte die Studie, dass die Jugendlichen grosses Vertrauen in die staatlichen Institutionen wie Landtag, Regierung und Gerichte haben. Die politischen Parteien geniessen eher wenig Vertrauen. Ebenso sind die Jugendlichen skeptisch gegenüber den Medien und den Schulen. Ein weiteres Ergebnis ist, dass die Schüler glauben, politisch eher wenig bewirken zu können.

Zehn Verbesserungsvorschläge

Die Studie enthält zudem zehn Empfehlungen, wie die Jugendlichen besser auf ihre Aufgaben und Rechte als

Staatsbürger vorbereitet werden können. Die Empfehlungen stellen – wie es in der Studie heisst – einen Minimalkonsens einer international vergleichbaren politischen Bildung dar. Beispielsweise heisst es, dass politische Bildung als eigenes Fach konzipiert werden muss, damit sie nicht in anderen Fächern versteckt und im Unterricht der Willkür ausgesetzt ist. Zudem soll das vermittelte Wissen prüfungsrelevant sein. Biedermann kommt auch zum Schluss, dass Liechtenstein mit dem Buch «Fürst und Volk» über ein neues aktuelles Lehrmittel verfügt, das den Ansprüchen einer politischen Bildung gerecht wird.

Menschenrechte werden gefördert

Christine Lingg, beim Amt für Auswärtige Angelegenheiten für die Men-

schrechte zuständig, freute sich, dass das Ressort Bildung und das Schulamt grossen Wert auf die politische Bildung und damit auch auf die Vermittlung der Menschenrechte legen. Denn von internationalen Gremien, die die Menschenrechtslage in den einzelnen Ländern überwachen, werde die Wichtigkeit der Menschenrechtsbildung betont. «Dass unser Amt eingeladen wurde, an diesem Anlass teilzunehmen, zeigt, dass die Verwaltung das Thema Menschenrechte als gemeinsame und übergreifende Aufgabe ansieht.» Sie führte auch aus, dass der Schutz der Menschenrechte in der liechtensteinischen Aussenpolitik zentral ist: Seit vielen Jahren setze man sich für die Rechte der Kinder, Jugendlichen und Frauen sowie für die Bekämpfung von Folter und der Todesstrafe ein.

Weiterhin schwere Lehrlingsituation in der Industrie

Zum zehnjährigen Bestehen der Arbeitsgruppe Industriellehre (Agil) hat die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer einiges aufzuzeigen. Dabei steht die Stärkung von technischen Berufen weiterhin im Mittelpunkt.

Vaduz. – Von den momentan 1200 Auszubildenden in Liechtensteiner Lehrbetrieben arbeiten rund 400 in einer Agil-Unternehmung. Diese Arbeitsgruppe der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK) hat die Ziele, die Attraktivität von Industrieberufen zu steigern und Lernende in technischen Berufen zu begleiten. «Die ansässige Wirtschaft ist stark auf neue Lernende angewiesen, um weiterhin wachsen zu können», sagte Brigitte Haas, stellvertretende Geschäftsführerin der LIHK, gestern anlässlich der Medienkonferenz zum zehnjährigen Bestehen der Arbeitsgruppe. Auch stehen Industriebetriebe nach wie vor in Konkur-

renz mit Banken und anderen Dienstleistungsbetrieben, wenn es um die besten Lehrlinge geht. «Mit Geld können wir die Jugendlichen wohl kaum ködern, aber wir können einen spannenden Arbeitsplatz mit besten Zukunftsaussichten bieten», so Haas. Um diesen Konflikt innerhalb der Industrie zu entschärfen wurde vor zehn Jahren Agil von acht grossen Liechtensteiner Industriebetrieben gegründet.

Viele freie Lehrstellen

Auch dieses Jahr begannen rund 100 neue Lernende ihre Ausbildung in Agil-Unternehmungen. Die Nachfrage nach Lernenden in technischen Berufen bleibt nach wie vor hoch. «Trotz ungünstiger Wechselkurse und Krisen nimmt die Zahl der Lehrstellen nicht ab, es gibt allenfalls Verlagerungen in der Branche», erklärte Klaus Risch, Präsident der LIHK. So bleiben momentan jährlich viele Lehrstellen in technischen Bereichen unbesetzt, was in Zukunft vom demographischen Wandel verstärkt werden könnte.

«Trotz des hochtechnologisierten Zeitalters scheint das Interesse nicht grösser zu werden», meinte Albert Hehli von der OC Oerlikon Balzers AG. Um auch jungen Frauen den Zugang zu Industriebetrieben zu erleichtern, hält Agil Technik-Mädchen-Tage ab. «Ich habe mir zu Beginn den einen oder anderen Spruch anhören müssen, doch kann ich den Beruf jeder Interessierten empfehlen», sagte Cindy Allenspach, Konstrukteur-Lernende bei der OC Oerlikon. «Nach einigen Schnuppertagen entschied ich mich für Polymechaniker bei der Hoval», erzählte Gabriele Corrado, der für Agil in diesem Jahr als «rasender Reporter» unterwegs ist. Im Jahr 2013 werden einige Aktionen von Agil-Lehrlingen durchgeführt, darunter auch eine Zusammenarbeit mit dem Special Olympics.

Zusammenarbeit fördern

Alle acht teilnehmenden Betriebe halten sich an die Vorgabe der LIHK, Lehrstellenzusagen nicht vor dem 1. November zu geben. So soll verhin-



Von der Attraktivität von Lehrberufen überzeugt: Gabriele Corrado, Lernende, Klaus Risch, Präsident LIHK, Brigitte Haas, Stv. Geschäftsführerin LIHK, Albert Hehli, Vorsitzender Agil und Cindy Allenspach, Lernende (v. l.). Bild: Daniel Ospelt

dert werden, dass Entscheidungen unüberlegt getroffen werden und ein Rennen um Lehrlinge entsteht. «Eigentlich hätten wir lieber den 1. März, stiessen damit aber bisher leider noch auf taube Ohren», so Hehli.

Doch Agil will weitermachen: «Liechtenstein braucht einen diversifizierten Wirtschaftsplatz, aber ob Bank oder Industrie, beide brauchen das duale System und vor allem die Lehre», meinte Risch. (kb)

LESERBRIEF

Und noch eine «liechtensteinische Sonderlösung» ...

... neben dem Gesundheitssektor und der Telekommunikation. Und wieder kostet diese «Extrawurst» viele Zigmillionen Franken Steuer Gelder. Gemeint ist die staatliche Pensionskasse. So viel ist dem vorläufigen Bericht der Swisscanto zu entnehmen: Da wurde wohl aus Besserswisserei eine Verordnung erlassen, abseits von anerkan-

ten Standards, nach welchen sich beispielsweise alle schweizerischen Pensionskassen richten; eine Verordnung, die kompliziert und intransparent ist. Im Nachhinein muss man sich fragen, ob dies aus Überheblichkeit oder Unvermögen geschah, oder beidem. Und da hätten wir noch die liechtensteinischen Stiftungsräte, allesamt brave Parteisoldaten, die sich dieses lukrative «Päschli» irgendwie verdient haben, aber nicht imstande sind, die notwendigen kritischen Fragen zu stellen. Der Gipfel der ganzen Geschichte ist

dann noch, dass am Ende niemand für dieses Debakel verantwortlich sein soll. Weder unsere lieben Parteien noch die Stiftungsräte. Liebe Landsleute, jeder kann darüber denken, was er will. Aber eins ist klar: Liechtenstein braucht dringend einen Wechsel und nicht die von der Regierungsparteien angepreisene «Kontinuität» des uniformierten Denkens und des Günstlingspolitik. *Erich Hasler, Kappelstrasse 15, Eschen, Kandidat, DU – die Unabhängigen für Liechtenstein*

REGION

Stromunfall in Altstätten

In der Stadt Altstätten ist am Dienstagabend ein Hund durch einen Stromschlag getötet worden.

aufgeladen. Der Hund lief über die Schachtelabdeckung und erlitt einen Stromschlag. Der Stromschlag tötete das Tier.

Die Stadt bedauert den Stromunfall, wie sie mitteilte. Nach dem Unfall wurde der Strom umgehend abgeschaltet. Die Polizei war vor Ort. Es wurde eine unabhängige Kontrollinstanz aufgegeben, die den Unfall untersucht. (sda)

Altstätten. – Bei Schneeräumungsarbeiten wurde ein Schachtdeckel beschädigt. Nach ersten Erkenntnissen war der Deckel laut Meldung der Stadtkanzlei vom Mittwoch elektrisch